



# HESSISCHER LANDTAG

18.01.2018

HHA

## Änderungsantrag

### der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die  
Haushaltjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019) in der  
Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des  
Haushaltsausschusses

**Drucksache 19/5744 zu Drucksache 19/5237**

Inhalt des Antrags: Abbau der Zahl langwieriger Verfahren/  
Bekämpfung des internationalen Terrorismus und  
der Internetkriminalität

### Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften  
Buchungskreis: 2430

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften

| Veränderung | von | um | auf |
|-------------|-----|----|-----|
|-------------|-----|----|-----|

#### Leistungsplan 2018:

Beträge in 1.000 EUR

|                  |           |        |           |
|------------------|-----------|--------|-----------|
| Gesamtkosten     | 124.949,9 | +925,6 | 125.875,5 |
| Eigene Erlöse    | 433,7     |        | 433,7     |
| Produktabgeltung | 124.516,2 | +925,6 | 125.441,8 |

#### Leistungsplan 2019:

Beträge in 1.000 EUR

|                  |           |        |           |
|------------------|-----------|--------|-----------|
| Gesamtkosten     | 126.260,2 | +925,6 | 127.185,8 |
| Eigene Erlöse    | 437,7     |        | 437,7     |
| Produktabgeltung | 125.822,5 | +925,6 | 126.748,1 |

#### Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Es sollen insgesamt 20 neue Planstellen (10 A12, 5 A9, 5 EG 6) geschaffen werden. Neben zehn Stellen für Amtsanwälte sowie 5 Stellen für Justizinspektoren sollen 5 Stellen für Tarifbeschäftigte im Mittleren Dienst geschaffen werden.

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

#### Begründung des Änderungsantrags:

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu langwierigen Verfahren in Hessen (Drs. 19/4474) hat erheblichen Handlungsbedarf ergeben. Neben den allgemein längeren Verfahrensdauern belasten auch neue Aufgabenfelder, wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Internetkriminalität, die Justiz maßgeblich. Die Hessische

Landesregierung hat nun verspätet reagiert und Stellen aufgestockt. Die Stellenveränderungen der Landesregierung berücksichtigen die Folgedienste aber in nicht ausreichendem Maße.

Wiesbaden, 18.01.2018

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende

**Thorsten Schäfer-Gümbel**